

12. Ist die Stadt Zürich noch die «richtige» Hauptstadt für den mehrheitlich bürgerlich/liberalen Rest vom Kanton oder braucht es eine Teilung vom Kanton Zürich in Stadt und Land?

Interpellation Marcel Suter (SVP, Thalwil), Patrick Walder (SVP, Dübendorf), Christoph Marty (SVP, Zürich) vom 12. Dezember 2023

KR-Nr. 411/2023, RRB-Nr. 429/17. April 2024

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Am Anfang meine Interessenbindung zur Stadt Zürich: Persönlich habe ich seit meiner Kindheit einen starken Bezug zu unserer Kantonshauptstadt. Mein Vater kam aus der Stadt Zürich, dessen Eltern, seine Grosseltern haben immer hier gelebt, und ich habe auch in der Stadt Zürich geheiratet. Eine meiner KMU-Firmen hat den Sitz in der Stadt und ich bin Mitglied des Fördervereins des Gewerbeverbandes der Stadt Zürich. Kurzversion: Ich habe mehr und länger einen ausgezeichneten Bezug zu dieser Stadt als viele, die hier wohnen und/oder politisch tätig sind. Und ja, ich liebe diese Stadt, aber jetzt hört das Positive leider auf, da die politischen Entwicklungen in unserer Kantonshauptstadt immer extremer werden.

Der Kantonsrat ist ein politisches Gremium. Und unsere Interpellation wirft grundsätzliche politische Fragen auf in Bezug auf das Verhältnis unserer Hauptstadt zum Kanton Zürich. Neu ist für mich, dass sich der Regierungsrat anscheinend, gemäss Antwort auf meine ursprünglich gestellte Anfrage (KR-Nr. 304/2023) als Fanclub – sportlich gesagt – oder als Mediensprecher der Stadt Zürich sieht, sich aber auf jeden Fall nicht zuständig fühlt, Fragen der grössten Parteien im Kanton Zürich beziehungsweise diverser Kantonsräte zu beantworten, weder auf eine Anfrage noch auf diese Interpellation. Das ist, gelinde gesagt, bedauerlich oder wahrscheinlich eher bedenklich. Oder es macht einen, wie es der geschätzte Kollege Donato Flavio Scognamiglio vor einiger Zeit im Rat sagte, als er keine Antwort vom Regierungsrat erhalten hatte, sprachlos. Ja, das macht es, aber jeder, der mich kennt, weiss: Sprachlosigkeit ist nicht meine Stärke, das haben Sie in dieser Rede bereits gemerkt.

Es stellt sich die Frage, wieso der Regierungsrat das Salär für eine solche Lobeshymne gegenüber der Stadt Zürich vom Kanton und nicht von der Stadt erhält. Ironie beiseite, das Thema ist ernst. Gerne übernehme ich das Antworten auf unsere Fragen für den Regierungsrat, da dieser dies, wie erwähnt, nicht getan hat, was ich, nochmals, auch aus demokratischen Gründen bedenklich finde.

Zu Frage 1 betreffend die Pflichten, die eine Hauptstadt gegenüber dem Rest des Kantons hat: Das wird in der Stadt Zürich schon länger komplett ausgeblendet. Ich habe schon lange nichts mehr gelesen oder gehört von Politikern in der Hauptstadt zu diesem Thema «Wir sind die Hauptstadt». Zürich hat, nochmals, nicht nur Rechte und Vorteile, wie beispielsweise den Zentrumslastenausgleich, und den riesigen Vorteil, dass unter anderem die kantonalen Institutionen fast alle in der Stadt Zürich sind. Sie hat natürlich auch Pflichten oder Nachteile, wie zwei Drittel der Kantonsbevölkerung, die nicht in der Stadt Zürich wohnen und ins

Unispital, an die Universität, zum Strassenverkehrsamt oder Passbüro und in die vom Kanton bezahlte Oper müssen oder wollen. Aber die Nachteile der Mobilität will die grün-linke Mehrheit nicht mehr in der Stadt, sicher nicht mittels MIV (*Motorisierter Individualverkehr*), aber eigentlich überhaupt nicht, frei nach dem Motto «Zahlen sollen alle, aber profitieren nur wenige, die in der Stadt wohnen». Und nein, es wird nie dazu kommen, dass Kinder, die leider ins Kispi (*Kinderspital*) müssen, mit dem Lastenvelo beispielsweise von Richterswil oder Andelfingen von den Eltern ins Spital gefahren werden.

Wir sind bereits mitten in der Frage 2, wie sichergestellt werden kann, dass die ausserstädtische Bevölkerung weiterhin alle Mobilitätsformen zur Verfügung hat, um die Hauptstadt und deren kantonale Institutionen zu erreichen. Vielleicht hat der Regierungsrat auch das nicht wirklich beantwortet, weil die Antwort der Stadt regelmässig alle paar Wochen automatisch kommt. Die Abschottung der Stadt ist bald umgesetzt. Nur einige Beispiele dazu: Rad-WM, die Erreichbarkeit von wichtigen Teilen der Stadt Zürich war über einen längeren Zeitraum nicht mehr gewährleistet. Mit dem Gewerbe und der Wirtschaft verhandelte Abmachungen wurde nicht eingehalten, was an sich schon sehr undemokratisch und auch unmoralisch ist. Verschiedene Einfallachsen in die Stadt Zürich wurden absichtlich eingeschränkt, und dies je nachdem auch für den ÖV. An der Thurgauerstrasse wurde das Tempo reduziert. Bei der Seebahnstrasse kommt Tempo 30. Auf der See- strasse, linkes Seeufer, musste ich eine Anfrage stellen, damit der Stadtrat von der Kapo (*Kantonspolizei*) und vom Sicherheitsdirektor (*Regierungsrat Mario Fehr*) gestoppt wurde. Und am rechten Seeufer ist das Thema «Bellerivestrasse» ein Dauerthema, und so weiter und so fort.

Wir werden aber einiges davon selbst lösen können. Die Mobilitätsinitiative kommt bald vor das kantonale Stimmvolk, und dann ist hoffentlich fertig mit der masslosen Einschränkung des MIV und ÖV auf Hauptstrassen, auch in der Stadt Zürich. Bei diesem Thema haben wir immerhin auch die Unterstützung des Regierungsrats. Ich hoffe, die Stadtregierung wird den Volksentscheid dann auch umsetzen, ja, Zweifel sind bereits heute angebracht. Und da war doch noch etwas vor kurzem: Ach ja, Frau Stadträtin Simone Brander – wahrscheinlich ist es ein Zufall, dass auch sie in der SP ist – vergleicht den Regierungsrat mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Donald Trump. Jetzt stellen wir uns kurz vor, das hätte beispielsweise jemand von der SVP gemacht. Dann wären die zahlreich vorhandenen Medienbeauftragten unseres Regierungsrats sicher nicht ruhig geblieben und Sie, geschätzte Regierungsrätin Jacqueline Fehr, ganz sicher auch nicht. Zu den Fragen 3 und 4, wie sichergestellt werden kann, dass das Wirtschaftswachstum nicht gefährdet, und wie der Wegzug von Firmen verhindert wird, ziemlich einfach: Wir sagen beispielsweise Nein zu Werbeverböten, mit denen Arbeitsplätze massiv bedroht werden. Wir sagen Ja zum Flughafen Zürich und «Nein» zu allen Initiativen, die diesen noch mehr einschränken und/oder die Wettbewerbsfähigkeit auch in allen anderen Gebieten unseres Kantons einschränken. Wir sagen auch Nein zu denjenigen, die praktisch immer das Gegenteil abstimmen, was die Regierung und das Parlament der Stadt Zürich empfehlen. Macht

die Kantonsratsmehrheit das so, dann wird der Kanton insgesamt und auch in Zukunft florieren. Aber leider werden wir teilweise überstimmt von der Stadt Zürich, zusammen mit der Stadt Winterthur, die immer noch nicht gemerkt hat – im Gegensatz zur Stadt Zürich hat sie kaum Einnahmen von Unternehmen –, dass die wirtschaftsfeindliche Haltung uns allen schadet.

Kommen wir zu den Fragen 5 und 6: Ich zitiere aus der Homepage des Stadtzürcher Parlaments das Grusswort des ehemaligen Präsidenten des letzten Amtsjahrs (*Guy Kräyenbühl*), dort stand: «Wäre die Stadt Zürich ein Kanton, dann wären wir, gemessen an der Wohnbevölkerung, der siebtgrösste.» Ja, dieses Faktum stellt niemand infrage, aber es ist kaum ein Zufall, dass es so prominent gleich auf der ersten Seite stand. Die Stadtregierung, das Stadtparlament benimmt sich teilweise eher wie ein eigenes Land, aber ganz sicher wie ein eigener Kanton, und deshalb passt dieser Satz sehr gut: Sind das Ausländerrecht – Stichwort: Umgang mit illegal anwesenden Sans-Papiers –, das Asylrecht, die Unterstützung von mehr als fragwürdigen Organisationen im Ausland und so weiter nicht in erster Linie Sache auf Bundesebene? Doch, ist es. Dies ist ganz sicher nicht auf Gemeinde- oder Stadtebene zu bestimmen.

Die allmächtige Stadtpartei – die Abkürzung «SP» ist kein Zufall – hat die Teilung des Kantons eigentlich schon durchgeführt und untergräbt aktiv den Kanton und auch kantonale Abstimmungen; dies ist bedenklich. Aber Danke für die Bestätigung meiner Argumente. Stadtrat Raphael Golta meinte, der «Möchte-gerne-Stadtkanton» solle die Stipendien für vorläufig aufgenommene Ausländer selbst einführen, dies direkt nach der verlorenen Abstimmung. Mit Demokratie hat das nicht mehr viel zu tun, sondern mit Arroganz und dem Nicht-mehr-Akzeptieren anderer Mehrheiten.

Aber ich sage nochmals Danke. Die von links-grün beherrschte Stadt Zürich setzt sich vor allem für die Illegalen und Nichtarbeitenden ein und findet den Genderstern ganz wichtig. Die SVP setzt sich für alle ein, die im ganzen Kanton legal leben, arbeiten, Steuern zahlen und nicht kriminell sind, also ziemlich das Gegenteil der linken Partei in der Stadt Zürich. Die Mehrheit der Bevölkerung im Restkanton ist auf unserer Seite, hat aber leider das Ausmass der Problematik noch nicht ganz bemerkt. Wir zahlen immer noch viel zu viel in die Stadt ein für allerlei sogenannte Zentrumslasten und fordern nichts, weder Geld noch Gegenleistung für die Zentrumsnutzung, die übrigens der Hauptgrund sind, weshalb es der Stadt Zürich gut geht. Nein, die Stadt Zürich hat kein Recht, sich aufzuführen, als ob sie ein eigener Kanton oder ein eigenes Land wäre, und ja, wir fangen umgehend an, dies zu kritisieren beziehungsweise dieses Verhalten seitens des Kantons einzuschränken. Oder dann sollten wir wirklich das sehr gut funktionierende Basler Modell der Kantonsteilung in Betracht ziehen.

Die Sichtweisen und Problemstellungen sind je länger, desto mehr unterschiedlich zwischen dem Kanton, der Stadt und der Mehrheit des Rests des Kantons. Es sind aber nicht die SVP oder ich persönlich, die diese Probleme in erster Linie mittels Vorstösse fördern. Vielmehr ist vor allem die Politik der Stadt Zürich selbst dafür

verantwortlich, wie ich es soeben ausführlich mit ausgewählten Beispielen erläuterte.

Wir stellten nur Fragen an den Regierungsrat, die leider nicht beantwortet wurden, weil sich die politische Mehrheit beziehungsweise ein Teil der Vertreter der Stadt Zürich bereits seit langem so verhält wie ein eigener Kanton. Das Stadtzürcher Stimmvolk hat nächstes Jahr die Gelegenheit, Korrekturen anzubringen. Stand heute sind leider Zweifel angesagt, ob es nach den Wahlen besser wird. Es liegt in erster Linie an der Kantonsregierung, hier die Augen zu öffnen und sich für die Interessen des ganzen Kantons einzusetzen und diese ohne Wenn und Aber durchzusetzen, auch vor allem gegenüber der Stadt Zürich. Passiert dies weiterhin nicht oder zu wenig, liegt es am Parlament oder am Volk, dieses Ungleichgewicht zu korrigieren. Keine Angst, mir persönlich, meiner Partei gehen die Ideen dazu nicht aus. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Priska Lötscher (SP, Winterthur): Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass die SVP im Zürcher Kantonsrat das gleiche Anliegen vorbringt wie die SP im Gemeinderat der Stadt Zürich, nämlich die Prüfung einer Teilung von Zürich in zwei Halbkantone. Als linke Stadtzürcherin löst die Vorstellung eines unabhängigen Stadtkantons durchaus positive Fantasien aus. Endlich könnte die Stadt wichtige Anliegen umsetzen, die sie seit Jahrzehnten verfolgt und die von einer grossen Mehrheit der Stadtbevölkerung befürwortet werden. Die Anliegen werden in der Stadt aber bis anhin vom bürgerlich dominierten Kanton blockiert. Ein aktuelles, prominentes Beispiel dafür sind diverse Tempo-30-Anliegen in der Stadt, welche von der Kantonspolizei ausgebremst werden. Auch nennenswert ist einer meiner persönlichen schwarzen Tage im Kantonsrat, als sich der Kantonsrat mit der Ablehnung der stadträtlichen Behördeninitiative für ein kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer (*Vorlage 5727*) dagegen ausgesprochen hat, den Gemeinden mehr Gestaltungsspielraum in diesem wichtigen Thema zuzugestehen. Dies kann man durchaus problematisch finden, schliesslich sind der Föderalismus und das Subsidiaritätsprinzip tragende Prinzipien unseres politischen Systems. Staatliche Aufgaben sollen nur dann einer übergeordneten Ebene übertragen werden, wenn es die Erfüllung der Aufgaben unbedingt erfordert. Wir nennen das Prinzip, dass der tiefsten föderalen Einheit möglichst viel politischer Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum zukommen sollte, auch «Gemeindeautonomie». Und wir wissen auch, dass die Gemeindeautonomie von den bürgerlichen Parteien nur dann als wichtiger Grundsatz propagiert wird, wenn es in ihr politisches Programm passt, zum Beispiel, wenn es um die Festsetzung der Gemeindesteuer geht. Das nennt man auch «Opportunismus».

Für mich als Stadtzürcherin ist die Idee eines geteilten Kantons auch verführerisch, weil man ganz egoistisch zum Schluss kommen kann, dass man nicht nur eine grössere Gestaltungsfreiheit, sondern – als Wirtschaftsmotor und Sitzkanton von zahlreichen steuerzahlenden Firmen – auch mehr finanzielle Mittel zur Verfügung hätte. In Ihrer Interpellation verweisen Sie ja auf die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft als gut funktionierende Beispiele. Vielleicht ist Ihnen auch

bekannt, wie es um die Kantone, die Sie als schillerndes Beispiel hervorheben, finanziell bestellt ist. Basel-Landschaft schloss 2023 mit einem Defizit von 94 Millionen Franken ab, budgetiert war eine rote Null. Der Ausblick auf die kommenden Jahre ist gemäss ihrem Finanzdirektor besorgniserregend. Gleichzeitig schliesst Basel-Stadt seine Rechnung 2023 mit einem Überschuss von 434 Millionen Franken ab. Selbstverständlich lassen sich die Kantone Basel-Landschaft und der fiktive Kanton Zürich-Landschaft nicht direkt miteinander vergleichen. Ausserdem ist umstritten, ob die Stadt Zürich wirklich finanziell profitieren würde, weil sie als Kanton vom kantonalen in den nationalen Finanzausgleich wechseln würde.

Aber eigentlich geht es hier um eine ganz andere Frage: Kann es wirklich die Lösung sein, dass wir uns alle in möglichst homogene politische Gruppen aufteilen, die sich dann möglichst autonom selber regieren? Hauptsache, mit dem politischen Gegner muss nicht gestritten werden. Wir sind mit der Regierung des Kantons Zürich einig, dass das keine Lösung sein kann. Der politische Disput ist gewollt und wir Vertreterinnen und Vertreter der Städte, der Agglomeration, der Dörfer und der Weiler kommen hier einmal pro Woche zusammen, um über die Regeln des politischen Zusammenlebens im Kanton zu debattieren und zu beschliessen. Statt dass wir uns mit trötzeligen Kantonsteilungsdebatten aufhalten, nur weil uns gewisse politische Entscheide nicht passen, sollten wir unsere Energie eher dafür aufwenden, die Gremien und Projekte, die wir zur Koordination und Lösungsfindung zwischen den föderalen Einheiten haben, zu stärken. Es sind diese Gremien, wie zum Beispiel die Tripartite Konferenz, eine politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden, oder das Projekt «Gemeinden 2035», in denen tragfähige und mehrheitsfähige Kompromisse ausgearbeitet werden. Dies ist harte Arbeit, das wissen gewisse Vertreterinnen und Vertreter von Ihnen noch besser als ich, die ihre Gemeinden oder den GPV (*Verband der Gemeindepräsidien des Kantons Zürich*) in diesen Diskussionen vertreten. Dass diese Zusammenarbeit funktioniert und wir fähig sind, über die föderalen Einheiten hinweg gemeinsam gute Lösungen für den Kanton und seine Bürgerinnen und Bürger zu finden, das zeichnet unser politisches System doch aus, und darauf dürfen wir auch stolz sein. Die Politik der Stadt mag nicht jedem bürgerlichen Politiker gefallen... (*Der Ratspräsident unterbricht die Votantin*)

Ratspräsident Beat Habegger: Kommen Sie bitte zum Schluss Ihres Votums.

Priska Lötscher fährt fort: Ja, wir lehnen ab.

Daniel Rensch (GLP, Zürich): Zuerst etwas abseits des Protokolls: Das ist das älteste Geschäft, das ich auf meiner Liste hatte, und zuvor durfte ich während zehn Minuten über das jüngste Geschäft sprechen, sehr spannend heute.

Am 22. November 1830 sind 10'000 Menschen zum Ustermer Zimikerhügel gelaufen, um gegen die Bevormundung der Landschaft durch die Stadt zu demonstrieren. Die Stimmung war aufgeheizt, Stadt und Land waren sich uneinig denn

je, einige Demonstrierende waren sogar bereit, sich im schlimmsten Fall kriegerisch zu trennen. Auf dem Hügel wurde zu einer friedlichen Ordnung gemahnt, danach gesittet über die Nachteile der Verfassung gesprochen, und die Wünsche und die Sorgen wurden im sogenannten Ustermer Memorial zusammengefasst. Dann ging man einträchtig nach Hause oder viele auch noch zu einem Glas Wein. Aufgrund des Memorials wurde kurz darauf im damaligen Kantonsrat erstmals eine Zweidrittel-Vertretung der Landschaft gewählt, und bereits im Jahr 1831 wurde eine neue Verfassung in Kraft gesetzt, die Stadt und Land befriedete.

Wieso komme ich darauf? Ähnliche Frustrationen und Wünsche, wie sie die Demonstranten 1830 hatten, entnehme ich der Interpellation. Und aus Sicht des historischen Kontextes möchte ich Ihnen antworten, liebe Interpellanten: So verlockend eine Trennung auf den ersten Blick erscheint, sie wird die Probleme im Kanton Zürich nicht lösen.

Zum Ersten wegen der Wirtschaft: Sie stören sich an der nach Ihren Worten sozialistischen und antiliberalen Wirtschaftspolitik der Stadt Zürich. Auch die GLP unterstützt diese Politik nicht vollumfänglich. Trotzdem, die gemeinsame Wirtschaftskraft von Stadt und Land hat den Kanton Zürich zu einem der erfolgreichsten Kantone der Schweiz, ja zu einem der erfolgreichsten Gebiete weltweit gemacht. Eine Trennung untergräbt diese Stärke und gefährdet die wirtschaftliche Stabilität.

Zum Zweiten wegen der finanziellen Implikationen: Nur schon die Schaffung von zwei Verwaltungsstrukturen würde unweigerlich zu einer Verdoppelung der Kosten führen, Kosten, die letztlich Stadt und Land tragen, und das heute, wo Sie und wo auch wir aufgrund des prognostizierten Ergebnisses in der Staatskasse nach mehr Effizienz und Sparsamkeit streben.

Und zum Dritten wegen des Friedens: Eine Trennung gefährdet den sozialen Zusammenhalt. Zürich ist stark durch seine Vielfalt, eine Vielfalt, die durch die Zusammenarbeit und durch eine gemeinsame Lösungsfindung zwischen Stadt und Land immer wieder bereichert wird. Und wir werden das auch beim berühmtegefährlichen Tempo-30-Limit schaffen. Eine Trennung würde diese Verbindung schwächen und könnte zu einer Spaltung unserer Gesellschaft führen, im schlimmsten Fall sogar zu Konflikten und politischer Unruhe. Ich verweise nochmals auf das 19. Jahrhundert.

Die GLP-Fraktion spricht sich deshalb klar gegen die Idee einer Trennung aus, in welchem Masse auch immer. Liebe Interpellanten – und ich wende mich jetzt auch an die linke Seite zum Mitnehmen in den Gemeinderat der Stadt Zürich –, es ist nicht Zeit für solche radikale Veränderungen, die Risiken überwiegen die Vorteile bei weitem. Ohne Not, ohne einen breiten Konsens wäre es schlicht unverantwortlich, mit dieser Idee voranzuschreiten. Übergeben Sie doch bitte auf beiden Seiten mögliche Folgeanträge der digitalen Müllabfuhr. Lassen Sie uns stattdessen zusammenarbeiten, um konstruktive Lösungen zu finden, streiten, um die Einheit unseres Kantons zu stärken, und reden, um sie nicht zu schwächen. Lassen Sie uns die Tradition der Zusammenarbeit fortsetzen und verzichten wir gemeinsam darauf, die kleinteilige Schweiz noch weiter zu zerteilen. Ich gehe

gerne mit Ihnen, liebe Interpellanten, und allen anderen auf den Ustermer Zimkerhügel und danach natürlich zu einem guten Glas Zürcher Wein. Danke.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Die vorliegende Interpellation ist wahrlich eine Perle unter den Vorstössen. Sie ist voller Annahmen, nachdenklichem Sinnieren und enthält eine Schlussfolgerung, die in eine Frage verpackt ist. Ist es besser, die Stadt Zürich als Halbkanton zu verselbstständigen? Liebe Interpellanten, ich bin mir nicht ganz sicher, ob Sie hier nicht die Perlen vor die Säue werfen. Sie scheinen der Stadt Zürich und ihrem Nutzen für die Kantonsbevölkerung kaum mehr Gutes abzugewinnen. Die Idee mit dem Halbkanton ist auch nicht neu, Ursula Koch (*Altstadträtin von Zürich*) mit ihren gigantischen Vorschlägen, Sie erinnern sich vielleicht. Passen Sie auf, dass sich diese Idee nicht gegen Sie wendet – Sie haben es schon von der SP gehört –, vielleicht wäre die Stadt Zürich manchmal froh um etwas mehr Autonomie.

Sie, liebe SVP, schränken die beiden Städte regelmässig ein, in der Wohnpolitik, in der Verkehrspolitik, beim Mindestlohn, bei der City Card, in der Asylpolitik oder mit Gendersternchen-Verboten, wie Sie es nennen, für Staatsangestellte. Wir vermuten, dass die Städte gar nicht abgeneigt wären, sich von der bürgerlichen Gängelung loslösen zu können. Diese Macht können Sie gerne abgeben, diese Macht, die Sie sonst möglichst ausgiebig ausspielen; kaum zu glauben, dass Sie sich um Ihr Spielfeld bringen wollen. Sie erwähnten zuvor, Sie hätten noch viele Ideen, wir sind gespannt. Aber wo wollen Sie dann Ihre beengenden Parkplatzängste und die Wirtschaftsuntergangsdystrophien ausleben oder anprangern können? Sie bräuchten Ersatzobjekte für Ihre Angstbewirtschaftung, davon bin ich überzeugt. Und ich bin auch überzeugt, dass Sie bei der Neuverteilung der Kantonshauptstadt natürlich an unsere Perle an der Eulach denken, an Winterthur. Das wäre auch logisch, so von der Grösse und von der Schönheit her betrachtet.

Meine Interessenbindung: Ich bin mittlerweile Winterthurer. Passiert dann mit der neuen Kantonsstadt Winterthur dasselbe? Sie würde wohl kaum bürgerlicher werden. Vielleicht sollte sich die Stadt Winterthur gleich Zürich anschliessen, oder machen wir gleich einen Drittel-Kanton? Wer übernimmt dann – das wäre eine schwierige Frage –, vielleicht Uster, Bülach oder Dübendorf als nächstgrösste Städte?

Aber lassen Sie uns überlegen: Uster ist ja bevölkerungsmässig ungefähr so gross wie der Kanton Glarus, vielleicht sollten wir die Teilung gleich weiterführen. Aus unserer Sicht hat die Idee etwas für sich, denn fürs Ständemehr wäre es allenfalls interessant, einen weiteren Kanton oder sogar mehrere linke Kantone zu haben. Vielleicht wäre dann die Konzernverantwortungsinitiative beim zweiten Mal erfolgreicher. Das «Die passen mir nicht, also schliesse ich sie aus»-Prinzip ist ein sehr unschweizerisches Prinzip. Würden Sie das weiterführen, müssten dann die Menschen im Bezirk Andelfingen plötzlich Angst haben, an den Kanton Schaffhausen abgeschoben zu werden? Der strukturschwächste Bezirk könnte plötzlich zu einer wirtschaftlichen Belastung werden. Ja gut, Antworten darauf habe ich nicht.

Nebenbei: Haben Sie eigentlich auch schon an die vielen Jugendlichen gedacht, die Sie beim Knabenschiessen ausschliessen würden, weil sie plötzlich nicht mehr im richtigen Kanton wohnen? Auch die letzten sechs «Schützenkönig*innen», mit Genderstern, dürften plötzlich nicht mehr mitmachen. Es erstaunt uns, dass Sie solche Vorstösse einreichen. Auch eine schwierige Frage wäre, ob der Kanton Zürich-Land, der Kanton Zürich-Stadt oder der Kanton Zürich-Winterthur – oder wie er dann auch immer heisst – als Gaskanton beim Sechseläuten als Erstes mitlaufen könnte (*Heiterkeit*). Dies wäre vermutlich das politische Ereignis des Jahres – hinter den Kulissen selbstverständlich –, aber vielleicht wäre es ja Tatortwürdig.

Ich hoffe, ich habe den komödiantischen Ton aufgrund der beiden identischen Vorstösse richtig verstanden, und Sie verzeihen mir, wenn ich deshalb hier und heute nicht in der gewohnten Seriosität auf Ihren Vorstoss eingehe. Wir nehmen die Regierungsratsantwort dankend zur Kenntnis.

Lisa Letnansky (AL, Zürich): Ich muss zugeben, zuerst musste auch ich ein wenig schmunzeln über die vorliegende Interpellation. Doch je länger ich mich mit den Fragen beschäftigt habe, desto genervter war ich. Ich erkläre Ihnen gerne, weshalb.

Historisch stammt die Frage, ob eine Aufteilung in einen Zürcher Stadt- und einen Land-Kanton Sinn macht, meinem Empfinden nach eher aus dem linken Spektrum. Ich kann mich sogar an einen Slogan für ein unabhängiges Aussersihl erinnern, auch wenn der wahrscheinlich nicht ganz ernst gemeint war. Der Grund für diese Idee war meistens, dass sich die links gesinnte Stadtbevölkerung vom Kanton bevormundet und gegängelt fühlte. Der bürgerliche Kanton entscheidet von oben herab, was für die Stadt richtig sein soll, übrigens ein Vorgang, den bürgerliche Kantone überhaupt nicht gerne tolerieren, wenn er vom Bund kommt.

Die vorliegende Interpellation kommt jetzt aber von rechter Seite, und ich muss sagen, sie ist geradezu entlarvend. Die Vertreter der SVP echauffieren sich darüber, dass die Stadtbevölkerung über städtische Anliegen entscheidet und eine eigene politische Haltung hat. Also wirklich, SVP, so nicht! Wenn die Stadtzürcherinnen und Stadtzürcher über ihre Belange entscheiden, nehmen sie ihre politischen Rechte wahr, als Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, dieses Kantons und der Stadt Zürich. Ihre polemische Interpellation stellt diese Rechte infrage. Sie implizieren mit Ihren Fragen, dass die Bedürfnisse der Kantonsbevölkerung wichtiger sind als jene der Stadtbevölkerung; dass die Menschen, die mit ihren Offroadern durch die Stadt fahren, um ihre Einkäufe zu erledigen, wichtiger sind als jene, die entlang der Hauptstrassen leben und dort Lärm und Verschmutzung ertragen müssen; dass die Menschen, die vom Wirtschaftsstandort Zürich profitieren und in ihren Einfamilienhäusern auf dem Land leben, wichtiger sind als jene, die ihre Kinder in der Stadt grossziehen und dort alt werden.

Obschon ich viel Sympathie für die Idee eines Stadtkantons habe – auch für mich ist die Vorstellung, in einem sozial engagierten und progressiven Kantonsparla-

ment politisieren zu dürfen, dem die Menschen wichtiger sind als der Profit, verlockend –, möchte ich Sie doch ermahnen: Nehmen Sie die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Zürich genauso ernst wie jene des restlichen Kantons, auch wenn diese nicht die gleiche politische Gesinnung haben wie Sie. Nehmen Sie sie ernst in ihren lokalen Bedürfnissen, hören Sie endlich auf, die Gemeindeautonomie zu untergraben, und seien Sie froh, dass sich die Zürcherinnen und Zürcher für eine lebenswerte, verantwortungsbewusste und diverse Stadtgesellschaft einsetzen. Und wenn Sie das nicht können, liebe SVP, dann ziehen Sie es doch durch, machen Sie eine Volksinitiative für die Teilung des Kantons und von mir aus einen Kanton Zürich-Land mit Thalwil als Hauptstadt. Ich wünsche dabei viel Spass.

Ratspräsident Beat Habegger: Der Interpellant hat seine Erklärung zur Antwort des Regierungsrats abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.